

Position

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **81 (2001)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ulrich Pfister

SERVICE PUBLIC MIT EIN BISSCHEN PHANTASIE

Die gängige These lautet, dass der *Service Public* durch Liberalisierung und Privatisierung untergraben werde. Die Oberflächlichkeit, mit der diese These von der sonst intellektuell nicht so anspruchsvollen Linken traktiert wird, hat System; denn damit kann die Diskussion im emotionalen Dunstkreis gehalten werden, was sich bei Abstimmungen schon ausgezahlt hat. Was beispielsweise die Rechtsform der zürcherischen Elektrizitätswerke mit der Versorgungssicherheit zu tun hat, wurde nicht einmal ansatzweise begründet. Als nächstes, überaus populäres Beispiel dient die Post. Deren Schwierigkeiten, ihre Dienstleistungen mit der bestehenden Infrastruktur kostendeckend zu erbringen, haben mit einer – gar nicht spruchreifen – Liberalisierung überhaupt nichts zu tun; sie sind im Gegenteil aus dem allzu lange immobilen staatlichen Monopol erwachsen. Die nun im Gang befindlichen Anstrengungen, der drohenden Defizitwirtschaft durch schmerzhaft Rationalisierungen zu begegnen, werden denn auch im Rahmen des *Ordre Public* unternommen. Die ketzerische Frage muss erlaubt sein, ob nicht die angekündigten Massnahmen gerade deshalb so grobschlächtig und schwer verständlich sind, weil sie von einer grossen öffentlichrechtlichen Institution mit allen ihren Beharrungskräften durchgeführt werden müssen.

Gäbe es nicht sinnvollere, sanftere Lösungen, fragten wir uns nach einem feiertäglichen Aufenthalt in der lieb gewordenen Berggemeinde, deren Poststelle demnächst auch geschlossen wird. Noch weiss man nicht, wie das später funktionieren soll und was sich an den Kosten für die ja nicht wegfallenden Postdienstleistungen ändern wird. Wieviel lässt sich mit der Aufgabe der bescheidenen Lokalitäten und vor allem am Personalaufwand im Verhältnis zum gegebenen Volumen wirklich einsparen? An der Zustellung soll ja festgehalten werden, nur die weiteren Wege zur Poststelle im nächsten oder übernächsten Dorf überlässt man den Kunden. Und was wird bei jenen vorgekehrt, welchen das nicht zumutbar ist? Wäre es nicht schon längst günstiger gewesen, wenn

man – wie bei Freunden in einem amerikanischen Dorf – Postfächer gratis angeboten und für die Zustellung eine Zusatzgebühr verlangt hätte? Vielleicht hätte dann die Post im Dorf überleben können.

Das Bergdorf hat neben der nur wenige Stunden täglich geöffneten Post noch einen Laden, eine Milchsammlungstelle, eine Raiffeisenkasse und die Gemeindekanzlei mit ebenfalls eingeschränkten Öffnungszeiten. Wie würde man sich als privater Unternehmer organisieren, wenn man sich für die Erbringung aller dieser gemeinschaftlichen Dienstleistungen bewerben könnte? Wie viel professionelles Know-how und wieviel Teilzeitbeschäftigung mit durchschnittlicher Qualifikation würde man benötigen, um einen befriedigenden lokalen *Service Public* mit einem bezahlbaren Aufwand zu gewährleisten? Sind solche Lösungen nur deshalb undenkbar, weil es sich um teilweise private und teilweise auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelte öffentliche Dienstleistungen handelt?

Sind das nur aus der Ferienatmosphäre geborene Träume? Oder fehlt schlicht die Phantasie, den arg strapazierten Begriff des *Service Public* einmal losgelöst von traditionellen Strukturen aus der Sicht des einzelnen Gemeinwesens zu hinterfragen, zu prüfen, wie man sich selbst mit Eigeninitiative, mit den notwendigen, aber dank dem intakten Schul- und Ausbildungssystem zweifellos vorhandenen Kenntnissen und Fähigkeiten und – nicht zuletzt – mit freiwilligem Engagement helfen könnte? Selbsthilfe und Freiwilligenarbeit muss ja nicht unentgeltlich sein, aber sie kann bei zweckmässiger Milizorganisation für ein Gemeinwesen tragbar gestaltet werden. Die Apologeten des *Service Public* müssen sich fragen lassen, weshalb solche Überlegungen ausgerechnet bei der Post, dem Inbegriff einer flächendeckenden eidgenössischen Grundversorgung, nicht angestellt werden. Vielleicht weil man beim Begriff *Service Public* zu sehr an die Institutionen und zu wenig an die Dienstleistung denkt. Der politischen Diskussion wäre anstelle der hartnäckig verteidigten Tabus etwas mehr Phantasie zu wünschen. ♦